

Sans-Papiers sollen Lehre machen

Grosse Schweizer Städte setzen sich für Jugendliche ohne Aufenthaltsbewilligung ein



Ausbildung. Eine Lehre soll den Jugendlichen auch offenstehen, wenn deren Eltern illegal in der Schweiz sind. Foto Keystone

TIMM EUGSTER

Regierungsmitglieder von Genf, Basel, Zürich und Bern unterstützen die Kampagne «Kein Kind ist illegal» der Sans-Papiers-Anlaufstellen. Besonders intensiv sucht Basel nach Möglichkeiten, Sans-Papiers eine Berufslehre zu ermöglichen.

«Diese Politik ist schizophren!», findet der Zürcher Schulvorsteher Gerold Lauber. «Wir bilden in der Volksschule seit Jahren auch Kinder ohne Aufenthaltsbewilligung aus, weil die Bundesverfassung das Recht auf Bildung garantiert – und nach der Schulpflicht behandeln wir sie plötzlich wieder so, als gäbe es sie nicht.»

Wie viele Junge in der Schweiz keine Lehre antreten können, weil ihnen die dazu nötige Arbeitsbewilligung fehlt,

weiss niemand genau. Eine offizielle Studie schätzt, dass in der Schweiz rund 100 000 Sans-Papiers leben – davon mehrere Tausend Kinder und Jugendliche. Die Sans-Papiers-Anlaufstellen der Städte werden indes nicht mit Hunderten von Fällen konfrontiert: «Nur eine Minderheit gelangt an uns», sagt Bea Schwager, die Leiterin der Zürcher Beratungsstelle. Auch die Schulen erheben keine Zahlen. In deren Wahrnehmung handle es sich stets um einzelne Fälle, so Hans Georg Signer, Leiter Bildung im Basler Erziehungsdepartement. Von «schon einigen Fällen» in Zürich spricht Lauber: «Nach der Schule verschwinden die Jugendlichen vom Radar – mit dem Risiko, dass einzelne später bei Polizei, Staatsanwaltschaft oder Sozialdiensten auftauchen.»

Anlaufstellen und Behörden versuchen in Basel wie Zürich indes immer wieder, Übergangslösungen zu improvisieren: etwa, dass ein Jugendlicher bis zu drei Mal ein 10. Schuljahr besucht oder in ein staatliches Qualifizierungsprogramm wechselt, das als Schule gilt. Auch Gymnasien und andere weiterführende Schulen stehen Sans-Papiers offen – sind aber nur für wenige eine Alternative. Vergleichsweise gut ist die Situation in Genf, wo Jugendliche in Lehrwerkstätten ausgebildet werden, die als Schulen gelten.

GEMEINSAM. Die Regierungen der grossen Schweizer Städte wollen sich nicht mit der heutigen Situation abfinden: Der gesamte Genfer Stadtrat und alle angefragten Regierungsmitglieder in

Zürich, Bern und Basel haben das Manifest «Kein Kind ist illegal» unterzeichnet, das von den Anlaufstellen für Sans-Papiers, Terre des hommes, Heks, dem katholischen Frauenbund sowie den Gewerkschaften VPOD und Unia lanciert worden ist. In Basel hat Regierungspräsident Guy Morin unterschrieben – allerdings erst, nachdem er die offizielle Anfrage für eine Erstunterzeichnung entweder an den zuständigen Sicherheitsdirektor Hanspeter Gass weitergeleitet hat oder diese bei ihm schlicht untergegangen ist. «Ich habe aber am 1.-Mai-Fest unterschrieben», versichert Morin. Die Unterschriften der Stadtoberhäupter und aller anderen sollen an die Bundesrätinnen Eveline Widmer-Schlumpf und Doris Leuthard übergeben werden.

HÄRTEFALL. Doch damit lassen es die Städte nicht bewenden: Gerade das Basler Erziehungsdepartement unter Christoph Eymann (LDP) und der Gewerbeverband unter Peter Malama (FDP) lobbyieren in Bern intensiv (siehe Frontseite). Auch in Zürich macht man sich Gedanken, «wie man in Bern lobbyieren könnte», so Stadtrat Gerold Lauber. Auch ein Vorstoss mit anderen Städten sei «denkbar», so Lauber.

Aus Genf lanciert wurden die beiden Vorstösse von Luc Barthassat (CVP) und Christian van Singer (Grüne), die im Parlament hängig sind. Der Bundesrat empfiehlt beide zur Ablehnung und verweist auf das Härtefallverfahren: Gerade Familien mit eingeschulten Kindern hätten gute Chancen, anerkannt zu werden. Für Bea Schwager braucht es aber gerade für Jugendliche eine kollektive Lösung: «Wer ein Härtefallgesuch stellt, geht ein hohes Risiko ein, ausgewiesen zu werden – gerade in Zürich.» Zudem sei ihr der aktuelle Fall eines Jugendlichen bekannt, dessen Familie gar kein Härtefallgesuch stellen darf – weil seine Eltern vor Jahren trotz abgelehntem Asylgesuch in der Schweiz geblieben waren.

> www.keinkindistillegal.ch

nachrichten

Lohngarantien bei Fallpauschalen

BERN. Wenn Schweizer Spitäler ab 2012 mit Fallpauschalen abrechnen, die Kostenvergleiche zwischen Spitätern möglich machen, sollen die Patienten und die Angestellten darunter nicht leiden. Berufsverbände fordern vom Bundesrat Garantien für die medizinische Versorgung, die Arbeitsbedingungen und die Löhne. Gebe das kostengünstigste Spital den Takt an, drohen Löhne und Personalbestände unter Druck zu geraten, so die Gewerkschaften. AP

SVP fordert bei der Bildung mehr Leistung

BERN. Die SVP will Leistung und Noten wieder zum obersten Prinzip in der Volksschule erheben. Sie wolle damit die Schüler besser auf das Berufsleben vorbereiten und den Bedürfnissen der Wirtschaft wieder gerechter werden, hiess es an einer Medienkonferenz. Die Lehrer sollen wieder mit mehr Autorität versehen werden. Zudem lehnt die SVP den «Lehrplan 21» als schwammig und untauglich für die Wirtschaft ab (BaZ von gestern). AP

Verkehr bringt Steuermilliarden

BERN. Die Strassenbenutzer in der Schweiz haben laut dem Verband des Strassenverkehrs 2008 insgesamt 9,34 Milliarden Franken Strassen- und Autosteuern bezahlt. 42 Prozent der Steuern, die der Bund unter anderem auf dem Treibstoff, der Einfuhr von Fahrzeugen oder der Benützung des Strassenetzes erhebt, seien in die allgemeine Bundeskasse geflossen. 26 Prozent wurden für Strassenaufgaben verwendet, 23 Prozent flossen zum grössten Teil in die Finanzierung der Eisenbahngrossprojekte sowie in Schieneninfrastrukturen in Agglomerationen. AP

Harmos-Konkordat startet am 1. August

BERN. Am 1. August tritt das Schulharmonisierungsprojekt Harmos in Kraft. Ab dann gilt das Konkordat in Schaffhausen, Glarus, Waadt, Jura, Neuenburg, Wallis, Genf, St. Gallen, Zürich und im Tessin. SDA

Im Ausgang weiterhin Uniform-Zwang

BERN. Schweizer Armeeinghörige im Ausgang sollen auch künftig Uniform tragen müssen. Der Bundesrat lehnt eine Motion von Nationalrat Hans Widmer (SP, LU) ab, der ein Ende des Uniform-Zwangs im Ausgang fordert. Der Bürger in Uniform drücke die Verankerung der Armee in unserer Gesellschaft aus, schreibt der Bundesrat in seiner Antwort. AP

Ungenügendes Risikomanagement

Avenir Suisse hat die Unternehmensbeteiligungen von Kantonen genauer untersucht

Laut der Studie setzen die Kantone die Steuerzahler mit ihren Beteiligungen an privatwirtschaftlich orientierten Unternehmen teils erheblichen Risiken aus.

Aus historischen Gründen sind die Kantone Eigentümer von Unternehmen wie Kantonalbanken oder Gebäudeversicherungen. Der Schweizer Thinktank Avenir Suisse hat nun diese Beteiligungen der

Kantone an rechtlich selbstständigen Unternehmen und die damit verbundenen Risiken unter die Lupe genommen – im Rahmen seines zweiten Kantonsmonitorings unter dem Titel «Kantone als Konzerne».

Das Ergebnis der Arbeit wurde gestern vorgestellt. Bei grösseren Beteiligungen (etwa an Energieversorgern, Kantonalbanken) könnte ein Kanton in erhebliche finanzielle

Schwierigkeiten geraten, was Auswirkungen auf den Staatshaushalt und damit auf den Steuerzahler haben könnte.

KLUMPENRISIKEN. Durch das Monitoring erfasst wurden insgesamt rund 1000 Unternehmensbeteiligungen. Pensionskassen, Stiftungen und Fachhochschulen wurden ausgeklammert. Bei nur acht Prozent aller Beteiligungen sind die

Kantone alleinige Eigner. Die Beteiligungen wiesen per 2007 einen Gesamtwert von rund 8,3 Milliarden Franken aus.

Für viele Kantone resultieren aufgrund substanzieller Beteiligungen etwa auf den Gebieten Finanzen und Energie potenzielle Klumpenrisiken. Die Schlussfolgerungen von Avenir Suisse: Die Kantone müssen ihre Beteiligungsportfolios dringend überprüfen;

dass dies bislang noch nicht stattgefunden hat, wird auf fehlendes Beteiligungs- und Risikomanagement zurückgeführt. Nur wenige Kantone, etwa Aargau, Luzern oder Jura, verfügen heute über entsprechende Grundlagen. Andere Kantone, darunter der Kanton Basel-Landschaft, sind dabei, die Prozesse anzupassen. SDA

Die Studie der Avenir Suisse: > www.baz.ch/go/beteiligung

ANZEIGE



Ihr Alter zählt: Pro Jahr 1 Prozent Rabatt!

Bei Pro-optik haben Sie gut lachen, denn ab sofort freut sich jeder Kunde über 1% Rabatt pro Lebensjahr. Auf alle Brillenfassungen **vom 20.04. – 30.05.2009!** Exklusiv bei allen Pro-optik Niederlassungen: Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Jedes Jahr zählt!
Bei Pro-optik gib'e's jetzt 1% Rabatt pro Lebensjahr auf alle Fassungen beim Kauf einer kompletten Brille.

Pro-optik
Klare Sicht zu tiefen Preisen.

Pro-optik. Klare Sicht zu tiefen Preisen. Auch in Ihrer Nähe: 4051 Basel, Heuwaage, Steinenvorstadt 62, Telefon: 061/281 81 45.

www.pro-optik.ch